

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses
am 28.11.2012**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum Halle
Christian-Wolff-Haus, Großer Saal,
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	Ausschussvorsitzende CDU	abwesend 18.50 - 18.55 Uhr
Herr Harald Bartl	parteilos	Teilnahme bis 18.50 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 17.20 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 19.05 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme für Herrn Strech
Herr Ronald Gruner	SKE	
Frau Franziska Kelle	SKE	
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE	
Herr Erhard Preuk	SKE	
Herr Jürgen W. Schmidt	SKE	
Frau Elke Schwabe	SKE	
Herr Wolfgang Stauch	SKE	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Jutta Schmitz	Protokollführerin	
Herr Detlef Stallbaum	Verwaltung	
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	vertreten durch Frau Wolff
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Frank Hirschinger	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses wurde von **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, informierte über folgende Änderungsanträge.

zu 4.2 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage
"Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291

Die Änderungsanträge wurden als Tischvorlagen vor Beginn der Sitzung ausgereicht.

Anmerkung Protokollführung:

Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Ronald Gruner zur Beschlussvorlage
„Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11300

wurde während der Sitzung ausgereicht.

Weiterhin informierte **Frau Dr. Bergner**, dass der TOP

3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2012

abzusetzen ist, da die Niederschrift vom 07.11.2012 noch nicht vorliegt.

Es gab keine weiteren Änderungswünsche. Somit wurde ohne förmliche Abstimmung folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2012 - abgesetzt -
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Kulturpolitische Leitlinien [Entwurf];
Anhörungen von Sachverständigen;
eingeladen: Mitteldeutscher Rundfunk: Hörfunkdirektor Herr Möller,
Bürgerstiftung Halle: Frau Häußler, Frau Rühlmann
Vorlage: V/2010/09153
- 4.2. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 4.2.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284
 - 4.2.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
 - 4.2.3. Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Ronald Gruner zur Beschlussvorlage
„Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11300 - ausgereicht während der Sitzung -
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zur Theater, Oper und Orchester GmbH durch den Geschäftsführer Herrn Stiska
 - 7.2. Information zur Planung der Konzerte und Motetten des Stadtsingechores zu Halle 2013
Vorlage: V/2012/11231
 - 7.3. Information zum Jazzfestival "Women in Jazz" 2013 durch den Veranstalter Herden & Kapetsis GbR
 - 7.4. Information zur Arbeit des Kulturkonventes des Landes Sachsen-Anhalt;
eingeladen: Herr Katzer, Herr Möller, Herr Prof. Müller-Schöll, Herr Rataiczky, Frau Prof. Schirmer, Herr Wolter
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

Frau Dr. Bergner schlug vor, die TOP 7.1 und 7.2 nach TOP 4.1 zu behandeln, um die eingeladenen Gäste zum TOP 7.2 – Kulturkonvent – zeitlich zu entlasten. Es gab keine Einwände dagegen.

Anmerkung Protokoll: In der Niederschrift sind die TOP entsprechend der Tagesordnung abgehandelt.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Kulturpolitische Leitlinien [Entwurf];
Anhörungen von Sachverständigen;
eingeladen:
Mitteldeutscher Rundfunk: Hörfunkdirektor Herr Möller, Bürgerstiftung
Halle: Frau Häußler, Frau Rühlmann
Vorlage: V/2010/09153**

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, begrüßte die eingeladenen Sachverständigen: Herrn Möller, Hörfunkdirektor des MDR und Frau Rühlmann für die Bürgerstiftung Halle.

Herr Möller, Hörfunkdirektor des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), bedankte sich für die Einladung und stellte klar, dass er für den Tagesordnungspunkt Kulturkonvent nicht zur Verfügung steht.

Er äußerte sich erfreut über die Wahrnehmung des MDR als Teil der Kulturlandschaft Halles. Der Sender produziert u.a. im Bereich künstlerisches Wort. Er verwies auch auf die Aufnahmen des MDR-Sinfonieorchesters für den neuen Film von Tom Tykwer.

Das Verhältnis zwischen Stadt und Rundfunkanstalt bezeichnete er als gegenseitiges Einander-Brauchen. Seiner Meinung nach muss sich Halle nicht verstecken. So wird die Info-Radio-Nacht fast im gesamten Bundesgebiet ausgestrahlt.

Er bewertete den Entwurf der kulturellen Leitlinien als ein gutes Dokument mit einem Bekenntnis zur Kultur.

Mit Hinweis auf den Verkauf von Teilen der Bibliothek des Stadtarchivs Stralsund zwecks Stopfen von Haushaltslöchern bezeichnete er das Anliegen in Halle als eine große Leistung. Positiv bewertete er das Bekenntnis zur Musik. Seiner Meinung nach braucht Halle Leuchttürme auf internationalem Niveau, alles andere sollte diesem Ziel untergeordnet werden.

Desweiteren sieht er auch das künstlerische Profil der Institutionen. Neben der Staatskapelle sollte seiner Ansicht nach auch das Händel-Festspiel-Orchester mehr herausgestellt werden. Wichtig befindet er den Verweis auf Traditionen, wie den Stadtsingechor, aber auch auf neue Formate, wie Women in Jazz. Er mahnte mit Blick auf das Puppentheater, Traditionelles auch in neuen Strukturen zu wahren.

Die Marienbibliothek bezeichnete er als ein außerordentliches Kleinod, welches zu erhalten ist.

Der Stellenwert der Moritzburg als Landesmuseum sollte mehr betont werden. Die Hochschule Burg Giebichenstein als einzigartiges Designzentrum wird seiner Meinung nach auch zu wenig im städtischen Leben wahrgenommen. Er empfahl, das Gebäude der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt verstärkt als Ausstellungsstätte zu nutzen. Insgesamt hält er es für wichtig, städtische und nichtstädtische Einrichtungen in einem Zusammenhang zu sehen. Er verglich bildlich die Strukturen von Jena - alles miteinander vernetzt – und Halle – räumlich und inhaltlich verteilt -. Seiner Meinung nach ist es wichtig, Instrumente zu schaffen, um, ähnlich wie bei der Bewerbung als Stadt der Wissenschaft, über die Stadtgrenzen hinauszudenken.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, äußerte sich beeindruckt über die Zusammenfassung und wollte wissen, wie die Aussage über die Stadtgrenzen hinaus gemeint ist.

Herr Möller benannte die Ressourcen der Stadt und auch des Umlandes sowie die historische und aktuelle Zusammengehörigkeit. Die Strukturvoraussetzungen sollten genutzt und Profilierungen gesucht werden. Denkbar wären die Erweiterung von Gastspielradien, das Zusammenwirken von Festspielen, die Übernahme der kulturellen Grundversorgung kleinerer Städte, wie z.B. Bad Lauchstädt, auf der Basis einer Landesbühne.

Das Ausschöpfen von Potentialen durch die Kommunen sollte hierbei als Aufgabe gesehen werden.

Herr Dr. Kraus, SKE, lobte den MDR Figaro als Beitrag, durch den Kultur beim Hörer ankommt.

Frau Schwabe, SKE, fragte, wie eine Kommunikation und Vernetzung praktikabel wäre. **Herr Möller** erklärte, wichtig wären für ihn Diskussionen und ein Miteinander. Als Beispiel benannte er die Museumsnacht.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., stellte mit Blick auf die Vielzahl der aufgeworfenen Probleme die Frage, ob das alles in den Leitlinien verankert werden sollte. **Herr Möller**: Halle ist sich seiner Funktion zu wenig bewusst. Er hält das Papier für gut, wenn eine Konkretisierung gewünscht ist, sollte auch ins Detail gegangen werden, wie z.B. bei der Orchesterstruktur.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bedankte sich bei Herrn Möller und sprach sich dafür aus, das Motto „wir brauchen einander“ als Titel in die Leitlinien zu übernehmen. In der Frage nach dem Was ist seiner Meinung nach zu entscheiden, ob differenziert oder Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Er wird dieses an seinen Nachfolger weitergeben. Gleichzeitig informierte er über die neue CD des Stadsingechores, welche mit dem MDR Figaro produziert wurde und bedankte sich bei Herrn Möller.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, erklärte, seiner Meinung nach fehlt in Halle das Bildungsbürgertum als Vernetzungsmöglichkeit. Zur Marienbibliothek sagte er, diese soll ein Kleinod bleiben, einen Massenandrang hält er für nicht wünschenswert.

Herr Gruner, SKE, brachte nochmals die aufgezeigten unterschiedlichen Vernetzungsstrukturen von Halle und Jena ins Spiel und stellte die Frage, was in Halle geändert werden kann. **Herr Möller** begründete dieses mit einem Verweis auf die Historie, die Gründung von Halle-Neustadt hat zu einem geistigen Loch geführt. Zudem sei der Hallenser eher zu negativem Denken veranlagt. Es fehlt, anders als in Dresden, das Mäzenpublikum. In Jena hing vieles an der Person Lothar Späth, der viele Partner zur Kommunikation gezwungen hat und somit viel für die Stadt erreichen konnte.

Frau Dr. Bergner bedankte sich bei Herrn Möller.

Frau Rühlmann, Projektleiterin der Bürgerstiftung Halle, entschuldigte Frau Häußler, die verhindert war.

Aus Sicht der Bürgerstiftung schätzte sie die Ausführungen zur kulturellen Bildung in den Leitlinien als besonders wichtig ein.

Sie ist der Meinung, dass die Konzentration auf das Thema Musik nicht nur positiv ist und sieht die Gefahr der Ausgrenzung. Dieses würde der kulturellen Vielfalt Halles nicht gerecht werden. Sie vermisst in den Leitlinien die Formulierung klarer Ziele. Vieles wird angesprochen, jedoch fehlt ihr das Aufzeigen von Entwicklungstendenzen.

Sie begrüßt die Aktion Kulturgutscheine als eine Möglichkeit, Kinder und Jugendlichen aus Randschichten an Kultur heranzuführen und wies auf die zunehmende Diskrepanz zwischen Kultur-Analphabetismus und kulturellen Leuchttürmen hin. Immer mehr Kinder und Jugendliche haben keinen Zugang zur Kultur, die Trennung ist örtlich, familiär und finanziell zu sehen.

Zum Ehrenamt äußerte **Frau Rühlmann** die Bitte, dieses im Sinne einer Partnerschaft, nicht jedoch als Dienstleister zur Aufgabenerfüllung zu nutzen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach den Vorstellungen, um Kultur besser in die Randgebiete zu bringen. **Frau Rühlmann** meinte, wichtig sind feste Ansprechpartner. Es müssten Wege gesucht werden, um die Kinder abzuholen. Oftmals gibt es in den Elternhäusern Abwehr und Misstrauen, daher könnten Schulen und Einrichtungen geeignete Partner sein.

Herr Kogge meinte, die Schwierigkeiten gibt es nicht in allen Randbezirken, sondern schwerpunktmäßig auf der Silberhöhe und in Neustadt. Die Überwindung ist nur im Zusammenspiel von Bildung und Kultur möglich. Als gutes Beispiel benannte er die Kinder-Händel-Festspiele. Es sollte auch klar sein, dass Lücken kurzfristig nicht zu schließen sind. Er würde eine Zusammenarbeit der Bürgerstiftung mit städtischen Einrichtungen sehr begrüßen.

Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin, resümierte den Zeitraum von zwei Jahren Anhörungen zum Entwurf der Leitlinien: sie bezeichnete es als einen wichtigen Prozess und dankte für Kritiken, Hinweise und konstruktive Diskussionen. Sie kündigte für Januar einen überarbeiteten Entwurf, der zuerst dem neuen Oberbürgermeister vorgestellt wird, an.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, bat um Aufnahme des Hinweises von Frau Rühlmann zur Funktion des Ehrenamtes in die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der kulturpolitischen Leitlinien wird als Grundlage der öffentlichen Diskussion einem Arbeitsgremium bestehend aus Stadträten, Kultur- und Kunstschaaffenden, Kulturvermittlern sowie Vertretern der halleschen Bürgerschaft übergeben.
2. Nach Abschluss der öffentlichen Diskussion und Auswertung der Ergebnisse werden die erarbeiteten Leitlinien dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 4.2 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931

zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage
"Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284

zu 4.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291

**zu 4.2.3 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Ronald Gruner zur
Beschlussvorlage „Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nr.:
V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11300**

Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro, stellte zu Beginn der Diskussion klar, dass die Beschlussvorlage einen Fehler beinhaltet. Beim Punkt Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. muss es heißen: Kündigungsvorschlag: nein.

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, stellte fest, dass damit auch der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu diesem Punkt erledigt ist.

Herr Gruner, SKE, fragte zum Kündigungsvorschlag Hallescher Musikrat e.V., ob die Kündigung bereits erfolgt ist. Bei einer Kündigung zum 31.12.2012 wäre die Kündigungsfrist von 3 Monaten schon nicht mehr eingehalten. **Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin**, sagte, es wurde noch nicht gekündigt.

Herr Gruner fragte nach den Konsequenzen für Stadtsingechor und Konservatorium und übergab Frau Dr. Bergner einen Änderungsantrag mit dem Vorschlag, die Mitgliedschaft im Halleschen Musikrat nicht zu kündigen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bemängelte die fehlende Haushaltskonsolidierung, wenn kleine Beträge eingespart werden und große Summen bleiben. Sie erläuterte den Änderungsantrag ihrer Fraktion: gemeint ist, sich Gedanken zu machen um eine Absenkung des Beitrages an die Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland im Sinne eines Prüfantrages.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass sie auch gegen eine Kündigung der Mitgliedschaft im Halleschen Musikrat ist. **Frau Dr. Bergner** unterstützte dies und schlug vor, den Änderungsantrag als einen Antrag des Kulturausschusses zu stellen.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., fragte mit Blick auf die weiteren Kündigungsvorschläge nach der Zuständigkeit. **Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro**, informierte, dass die Fachausschüsse jeweils nur zu den sie betreffenden Vorschlägen beraten und dieses dann weitergeleitet wird.

Frau Dr. Bergner bat um einen entsprechenden Vermerk zur Nichtzuständigkeit in der Niederschrift.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage
"Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

**zu 4.2.3 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Ronald Gruner zur
Beschlussvorlage „Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nr.:
V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11300**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
Übernahme als Änderungsantrag des
Kulturausschusses

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird der folgende Unterpunkt gestrichen:

- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)

**zu 4.2 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931**

Abstimmungsergebnis: beraten

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)
- ~~Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)~~
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zur Theater, Oper und Orchester GmbH durch den Geschäftsführer Herrn Stiska

Herr Stiska, Geschäftsführer der TOO GmbH, skizzierte zunächst die vergangene und aktuelle Spielzeit: Das Geschäftsjahr 2011/2012 ist hervorragend gelaufen, der Jahresabschluss weist einen Überschuss in Höhe von 39.000 € aus.

Auch die neue Spielzeit ist gut angelaufen. Mit den Premieren „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ schließt sich 2013 der „Ring des Nibelungen“. Im nt ist die „Weihnachtsgeschichte“ von Charles Dickens im Dezember fast immer ausverkauft.

Das Thalia Theater hat im nt drei gelungene Inszenierungen. Die Arbeitsatmosphäre im nt ist als gut einzuschätzen. Am Gebäude ist jetzt ein Hinweis auf das Thalia zu finden. Somit empfindet er die Aufgabe der Spielstätte Thalia zwar bedauerlich, jedoch nicht als Katastrophe.

Das Gebäude des ehemaligen Thalia Theaters wurde notariell beglaubigt aus der TOO GmbH ausgegliedert und an die Stadt zurückgegeben. Die Stadt hat das Objekt dem neuen Trägerverein zu einem Verkaufspreis von 20.000 € übergeben. Die Kaufsumme wird fällig im Herbst 2013. Wenn der Verein diese Summe nicht aufbringen kann, geht das Objekt danach an die Stadt zurück.

Der traditionelle Thalia-Fasching wird weiterhin am alten Ort gefeiert. Um Verwechslungen zu vermeiden, ist die zukünftige Bezeichnung „Puschkinhaus“.

Weiterhin schilderte **Herr Stiska** die finanziellen Sorgen: der Wirtschaftsplan 2012/2013 weist ein Defizit in Höhe von 400.000 € aus. Dieses erhöht sich aufgrund von Tarifsteigerungen in der kommenden Spielzeit auf 900.000 €.

Akut wird das Problem ab 2014/2015 durch das Auslaufen der Haustarifverträge (HTV), ausgenommen das musikalische Personal. Dieses kann nicht mehr durch Einsparungen abgefangen werden. Er hat dazu ein Papier erarbeitet, welches nun auch durch die Presse gegangen ist. Rückschlüsse daraus, dass die Musiker zu viel verdienen würden, hält er für falsch interpretiert.

Die Personalkosten liegen bei 80 %, übrig für bewegliche Kosten, wie Honorare und Inszenierungskosten bleiben ca.3 Mio €. Eine Tarifsteigerung von 2% würde ca. 600.000 € und bei 3% ca. 900.000 € Mehrkosten verursachen.

Nach den bisherigen Einsparmaßnahmen Orchesterfusion, GmbH-Bildung und Aufgabe der Spielstätte Thalia Theater gibt es nunmehr keinen Spielraum mehr. Der HTV der Staatskapelle gilt bis 2016 mit Nachwirkungen bis 2017, zudem besteht Kündigungsschutz bis 2019.

Das Ziel einer Orchestergröße von 99 Musikern war seiner Meinung nach bereits bei der Gründung der GmbH unrealistisch. Zudem steht mit zunehmender Überalterung der Musiker auch die Leistung des Orchesters in Gefahr. Im Jahr 2016 sind 50 % über 50 Jahre alt und

keiner mehr unter 40 Jahre. Beim Erreichen der Altersgrenze von 53 Jahren steht den Musikern auch im Fall einer Kündigung die Zahlung der Bezüge fast in voller Höhe bis zum Erreichen des Rentenalters zu.

So sollte seiner Meinung nach aus der Not eine Tugend gemacht werden und das Orchester auf hohem Leistungsstandard gehalten werden.

Demgegenüber stehen die Vorwürfe des Landes, zu teuer zu sein und die Forderungen der Stadt Magdeburg nach einem A-Orchester. Das Zurückfahren der Landeszuschüsse von 14,4 Mio. € auf 11,9 Mio. € muss in zunehmendem Maße durch die Stadt ausgeglichen werden.

Mit Blick auf den Kulturkonvent kritisierte er, dass dort Fragen zu Finanzen nicht gestellt werden. Wenn nicht wenigstens die Tarifaufwüchse vom Land finanziert werden, sollte sich das Halle nicht gefallen lassen. Halle war historisch besser bestückt mit kulturellen Einrichtungen als Magdeburg, dieses sollte jetzt nicht alles wegbrechen.

Zum Vorwurf, dass die Musiker zu viel verdienen, legte er dar, dass altersbedingt viele in der Höchststufe sind.

Herr Stiska zeigte drei mögliche Alternativen auf:

1. Die Fortsetzung der HTV auf dem bisherigen Niveau. Dieses hält er für zumutbar und befindet dies als die günstigste Variante.

2. Ein Auslaufen des jetzigen HTV im Jahr 2014 mit einem Kündigungsschutz bis 2015 würde Mehrkosten in Höhe von 3 Mio € verursachen, was einem notwendigen Personalabbau von 80-100 Personen entsprechen würde. Dazu stellt sich die Frage der Schließung weiterer Spielstätten, wozu eine politische Entscheidung notwendig wäre. Dies steht auch dem Anspruch Halles als Kulturhauptstadt entgegen.

3. Die Insolvenz als letzte Möglichkeit. Diese würde eintreten, wenn die Stadt die zusätzlichen Kosten nicht mehr finanzieren kann. Im Fall einer Insolvenz würde das Personal an die Stadt zurückgehen.

Er machte deutlich, dass eine Meinungsbildung zum HTV bis Mitte 2013 notwendig ist.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich nach den Adressaten des Schreibens. **Herr Stiska** antwortete, für den Aufsichtsrat, den Kultusminister und den Moderator des Kulturkonvents. **Frau Dr. Bergner** bat um Zuleitung des Schreibens an die Fraktionen.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, äußerte, dass die Problematik nicht neu ist und fragte Herrn Stiska nach seinen Wünschen an den Kulturausschuss. **Frau Schwabe, SKE**, fragte nach dem zeitlichen Rahmen. **Herr Stiska** bat darum, im Stadtrat um Verständnis für die Situation zu werben, denn dort ist eine aufgeschlossene Haltung notwendig. Zur Zeitproblematik sagte er, dass bis zum Sommer Klarheit über die Zuschuss-Situation des kommenden Jahres bestehen muss. Zu diesem Zeitpunkt sind spätestens Personalverhandlungen zu führen.

Frau Dr. Bergner bedankte sich bei Herrn Stiska.

zu 7.2 Information zur Planung der Konzerte und Motetten des Stadsingechores zu Halle 2013 **Vorlage: V/2012/11231**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Der Kulturausschuss nimmt die Planung Konzerte und Motetten des Stadsingechors zur Kenntnis.

zu 7.3 Information zum Jazzfestival "Women in Jazz" 2013 durch den Veranstalter Herden & Kapetsis GbR

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, übernahm für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung. Er begrüßte **Herrn Herden** als Vertreter der **Herden & Kapetsis GbR**.

Herr Herden informierte, dass das Land Sachsen-Anhalt dem Festival Women in Jazz wenig offen gegenübersteht. Er bat die Stadträte um Formulierung einer Unterstützungserklärung. Zum kommenden Festival informierte **Herr Herden** wie folgt: das 8. Festival findet vom 1. bis 10.2. statt. Das Festival ist in seiner Art einmalig in Europa und stellt eine wichtige Plattform für die weibliche europäische Jazzszene dar.

Insgesamt finden 18 Veranstaltungen statt. Der Workshop wird nicht stattfinden. Als positiv bewertete er das Engagement aus der Region. Es gibt 20 Sponsoren und fünf Medienpartner. Zwischenzeitlich hat sich eine gute Vernetzung entwickelt. Ziel ist die Weiterführung des Festivals. Im kommenden Jahr sind u.a. drei Uraufführungen geplant. Neu ist die Zusammenarbeit mit der Staatskapelle. Das Festival steht unter Schirmherrschaft von Wirtschaftsministerin Frau Prof. Birgitta Wolff. Für den Abend der deutsch-französischen Begegnung hat Staatsministerin Frau Cornelia Pieper die Schirmherrschaft übernommen.

Herr Herden informierte über die gute Zusammenarbeit mit der SMG, so gibt es ein Übernachtungspaket mit Konzertbesuch für 79 bis 99 Euro.

Als größtes Problem nannte er die noch nicht abgesicherte Finanzierung. So werden seit vier Jahren Gespräche mit dem Land geführt. Das Land sieht im Festival eine kommerzielle Veranstaltung und begründet damit seine Zurückhaltung. Der zum 01.11.2012 beantragte vorzeitige Maßnahmebeginn für den Workshop wurde nicht genehmigt, deshalb wird der Förderantrag zurückgezogen.

Herr Herden schilderte die Finanzsituation: die Möglichkeiten Sponsoring und Erhöhung der Ticketpreise sind ausgeschöpft. Der Vertrag mit der Stadt über eine Förderung von 8.000 Euro läuft 2013 aus. Er bat um eine Verlängerung bzw. Erweiterung des Vertrages.

Desweiteren bat er die Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land, um eine Förderung des Festivals zu erreichen.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, äußerte sich positiv über die Entwicklung des Festivals für Halle.

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, fragte, weshalb Frau Prof. Wolff die Schirmherrin ist, das Land aber nicht fördert. **Herr Herden** berichtete von einem Schreiben von Frau Prof. Wolff an Herrn Kultusminister Herrn Dorgerloh mit der Bitte um Unterstützung des Festivals. Dieses wurde jedoch abgelehnt.

Herr Bonan, SPD-Fraktion, bedauerte den Wegfall des Workshops und fragte nach den Chancen auf eine Bundesförderung. **Herr Herden** antwortete, die Idee des Workshops wurde vom Deutschen Musikrat übernommen und findet jetzt in Trossingen statt.

Es wurden keine weiteren Fragen gestellt.

zu 7.4 Information zur Arbeit des Kulturkonventes des Landes Sachsen-Anhalt; eingeladen: Herr Katzer, Herr Möller, Herr Prof. Müller-Schöll, Herr Rataiczky, Frau Prof. Schirmer, Herr Wolter

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, begrüßte die anwesenden Vertreter des Kulturkonventes: Herrn Ulrich Katzer, Herrn Prof. Axel Müller-Schöll, Herrn Matthias Rataiczky, Frau Prof. Ragna Schirmer und Herrn Tom Wolter.

Herr Wolter stellte sich als **Vertreter für die freie Theaterszene** vor. Diese umfasst das Landeszentrum Spiel und Theater, freie Theater, Schul- und Amateurtheater, kulturelle Bildung sowie die Lehrerweiterbildung im Bereich Theater.

Er bezeichnete die finanzielle Lage der Theater als desolat und forderte eine Überarbeitung der Kulturkonzeption des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Akteure des Kulturkonventes hatten keine großen Erwartungshaltungen. Im ersten halben Jahr erfolgte eine Bestandsaufnahme in verschiedenen Arbeitsgruppen. Diese Beratungen sind nunmehr abgeschlossen. Dem Konvent gehören 36 Vertreter an. Es wurde versucht, die Aufgabe anzunehmen. Als Erfolg bewertete er die Zusammenarbeit der freien Szene mit Vertretern der öffentlichen Bühnen. Am 18.12.2012 findet die letzte Sitzung statt. Danach werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengeführt als Liste an den Landtag mit Empfehlungen für die Entwicklung der Kulturlandschaft. Der redaktionelle Abschluss ist vorgesehen für den 23./24.01.2013.

Ziel des Kulturkonventes ist die Stärkung der Kulturlandschaft für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dabei ist der Schwerpunkt auf die Einheit von Kultur und Bildung zu setzen. **Herr Wolter** machte deutlich, dass er den Streit zwischen Halle und Magdeburg über die Landeszuweisungen als absurd empfindet. Der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, der Beigeordnete für Kultur der Stadt Magdeburg, Herr Koch, nimmt nur die Interessen Magdeburgs wahr.

Herr Wolter schlug vor, den Kulturkonvent nochmals im Januar oder Februar im Kulturausschuss zu thematisieren. Er hatte den Eindruck, die freien Theater sollten benutzt und gegeneinander ausgespielt werden. Dieses ist jedoch nicht gelungen, im Gegenteil, die Solidargemeinschaft wurde gestärkt.

Herr Wolter machte deutlich, dass die Erhaltung der Strukturen nur durch eine Etaterhöhung möglich ist. Eine Finanzreduzierung wäre eine Katastrophe für das Land.

Herr Katzer stellte sich als **Vertreter des Deutschen Bühnenvereins** im Kulturkonvent vor. Der Bühnenverein vertritt die öffentlichen Theater und Orchester. Anteilmäßig sind dies 42 Prozent der zur Verfügung stehenden Finanzen. Er äußerte seinen Eindruck, dass der Kulturkonvent mit dem Ziel eingerichtet wurde, finanzielle Kürzungen oder Stagnationen zu legitimieren.

In monatelangem Ringen um mehrheitsfähige Positionen wurden folgende Anliegen formuliert: Bekennen des Landes zur Kultur und zur Finanzierung dieser, Einsatz für die Kultur Halles auf Landesebene.

Frau Prof. Schirmer erläuterte ihre persönliche Position: sie war Präsidentin des Kultursenats. Im letzten Jahr gab es Unstimmigkeiten mit dem Kultusministerium zur Rolle des Kultursenats. Sie und Herr Möller wurden als Vertreter des Kultursenats in den Kulturkonvent berufen, sie hatte jedoch den Eindruck, dass ihre Mitarbeit nicht erwünscht war. Über die Auflösung des Kultursenats hat sie aus der Presse erfahren. Sie äußerte den Verdacht, dass mit dem Kulturkonvent längst gefällte Entscheidungen des Landes legitimiert werden sollen.

Herr Rataiczky als **Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine** beschrieb das Gremium als sehr inhomogen, vom Ehrenamtler bis zum Chef mit Dienstwagen. Es wird jedoch versucht, miteinander zu arbeiten. Das Fördervolumen für Bildende Kunst umfasst ca. 150.000 €, dieses ist gemessen an der Anzahl der freien Künstler sehr gering.

Herr Prof. Müller-Schöll stellte sich als **Vertreter der Landesrektorenkonferenz für die Hochschule Burg Giebichenstein** vor. Er machte deutlich, dass Vieles, wenn es einmal wegbricht, unwiderruflich verloren wäre. Weiterhin stellte er die Bedeutung der Kreativwirtschaft dar. Gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen ist der Anteil hier so hoch wie in der Chemie. Die Burg ist die zweitgrößte Kunsthochschule Deutschlands, obwohl sie nicht in einer Großstadt liegt. Er unterstrich seine Ansicht, zu versuchen, die Studenten als potentielle Kulturschaffende in der Stadt zu behalten. Hier ist seiner Meinung nach auch die Politik gefragt.

Herr Prof. Müller-Schöll äußerte sein Unverständnis über den Umgang der Politik mit Kultur, z.B. über die Einbindung des Kunstmuseums Moritzburg in die Stiftung Schlösser und Burgen und mahnte dazu, Verantwortung bewusst zu machen. Er verspricht sich vom Ergebnis des Kulturkonvents wenig, schätzte jedoch die Zusammenarbeit sehr positiv ein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung wies auf die unterschiedliche Verteilung der Kultureinrichtungen auch in anderen Bundesländern hin.

Herr Wolter unterstrich die Notwendigkeit von Vertretungsimpulsen im Land, Magdeburg ist durch den ständigen Kontakt näher dran.

Herr Kogge sagte, er würde es im Städte- und Gemeindetag ansprechen, dass Herr Koch nur für die Stadt Magdeburg spricht.

Herr Wolter bekräftigte nochmals den Konsens über die Notwendigkeit von finanziellen Erhöhungen im Kulturhaushalt.

Herr Katzer schätzte ein, dass der Konvent bei ausgewogener Finanzierung nicht notwendig gewesen wäre.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Berufungen zum Kulturkonvent und den Strukturen. **Herr Prof. Müller-Schöll** benannte den Beschluss des Landtages, wobei jedoch die Aufgabenstellung sehr vage war. Die einzelnen Gruppen haben ihre Vertreter selbst bestimmt.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, fragte, ob die Zuspitzung der Situation der Oper Halle Thema im Kulturkonvent ist. **Herr Katzer** bestätigte dieses, er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass viele Kultureinrichtungen des Landes in ähnlicher Situation sind.

Herr Kogge bot die Hilfe der Verwaltung bei der Formulierung der Forderungen in Form eines Votums an den Kulturkonvent an.

Herr Wolter kam nochmals auf die Fragen zur TOO GmbH zurück und äußerte den Eindruck, dass solche Fragen dort nicht erwünscht sind. Zu den Theatern wurden zwei Sitzungen durchgeführt, die Konventvertreter waren mehrheitlich überrascht über das Desinteresse der Intendanten der Theater Magdeburg, Dessau und Wernigerode. In der zweiten Sitzung ist Frau Szabados für Halle aufgetreten und hat das Szenario sehr deutlich gemacht. Zudem wies **Herr Wolter** darauf hin, dass bei Schließung eines Hauses die anderen Theater auch weiterhin gefährdet wären. Er zeigte auf, dass die Theaterförderung

für Magdeburg 8 Mio. Euro höher ist als die für Halle und dort nach Tarif gezahlt wird, während es in Halle Haustarifverträge gibt.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, sprach sich gegen das Modell der Benutzung der Haustarifverträge als Finanzierungsmittel für Kultur aus. Ihn überrascht auch die Einbeziehung von verdi. Er kritisierte den Umgang mit Kultur: im Grundgesetz steht Kultur als Pflichtaufgabe, während sie in der Landesverfassung nur benannt ist. Seiner Meinung nach sollte der Kulturkonvent initiiert werden, um Kultur auch auf Landesebene zur Pflichtaufgabe zu machen.

Herr Katzer berichtete, die Diskussionen dazu wurden geführt, es kam jedoch zu keinem Abschluss. Er bemerkte auch, dass die Feststellung der Pflichtaufgabe nicht automatisch bewirkt, dass Geld vorhanden ist. In Bezug auf Freiwilligkeit hat er den Eindruck, das Landesverwaltungsamt sieht freiwillig in Form von beliebig.

Herr Prof. Müller-Schöll äußerte die Auffassung, dass Kultur nicht daran gemessen werden sollte, was kurzfristig als schön betrachtet wird, sondern sie sollte an Nachhaltigkeit gebunden sein. Er warb dafür, Verantwortung zu tragen, was einmal wegfällt, ist unwiderruflich verloren.

Frau Dr. Bergner bat darum, Fragen zu stellen, die Halle betreffen. **Frau Schwabe, SKE**, fragte, ob im Nachgang eine Art Kulturkonvent für Halle denkbar wäre. **Herr Katzer** antwortete, er hält das für möglich, mit der Einbeziehung aller Kultursparten sollte der Wert Halles bewusster nach außen getragen werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle, bestätigte die Wichtigkeit der Kommunikation, sowohl innerhalb der Stadt als auch mit dem Land. Für sie steht auch die Frage der Wahrnehmung, sie hat den Eindruck, dass ausgegliederte Einrichtungen weniger wahrgenommen werden.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., stellte die Frage nach dem Begriff Kultur in den unterschiedlichen Positionen. **Herr Prof. Müller-Schöll** legte dar, dass in anderen Ländern Kultur und Bildung gleichgesetzt werden.

Herr Stauch, SKE, fragte zum Papier, welches der Kulturkonvent herausgeben will, ob noch eine Einflussnahme möglich ist. **Herr Wolter** bestätigte, es handelt sich um einen Arbeitsstand, am 18.12.2012 wird es verabschiedet, danach erfolgt eine redaktionelle Bearbeitung. Er schlug eine nochmalige Vorstellung im Kulturausschuss vor. **Frau Dr. Bergner** fragte, ob auch der Stadtrat zu informieren ist. **Herr Wolter** meinte, der Kulturausschuss wäre als Gremium für die Erarbeitung von Vorschlägen besser geeignet. **Herr Katzer** bestätigte, der Kulturausschuss sollte eine Erklärung an den Kulturkonvent und auch an den Städtetag des Landes erarbeiten. **Frau Dr. Bergner** sagte, sie wird sich dazu nochmals mit den Vertretern Halles im Konvent verständigen.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stolperstein vor dem Beatles Museum, der bei Bauarbeiten entfernt wurde. **Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro**, sagte, der Stein liegt zwischenzeitlich wieder.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem aktuellen Stand zur Plastik „Lesender“. **Herr Stallbaum** erklärte, die Plastik befindet sich derzeit beim Restaurator, der Sockel ist in Arbeit.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende, beendete die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.02.13

Dr. Annegret Bergner
Vorsitzende des Kulturausschusses

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Jutta Schmitz
Protokollführerin